

Vorlage Stadtparlament

Datum 26. Mai 2020
Beschluss Nr. 4213
Aktenplan 152.15.13 Stadtparlament Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Jeyakumar Thurairajah: «Handlungsbedarf bei der Umsetzung der Prinzipien der Kinderrechtskonvention in der Stadt St.Gallen»; Beantwortung

Am 25. Februar 2020 reichte Jeyakumar Thurairajah die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «Handlungsbedarf bei der Umsetzung der Prinzipien der Kinderrechtskonvention in der Stadt St.Gallen» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

1 Ausgangslage

In der Einfachen Anfrage wird auf einen Artikel vom 6. Januar 2020 im Magazin «Saiten» hingewiesen, wonach eine äthiopische Familie mit Zwillingen, eines der Kinder handycapiert, nach einem negativen Asylentscheid nebst der Sozial- auch die Nothilfe verliert. Ausserdem sei die Behandlung des Kindes gestoppt worden. Das Bundesverwaltungsgericht in St.Gallen habe die Beschwerden auf die Negativentscheide im Asylverfahren für die Betroffenen mit Urteilen vom 27. August 2019 abgewiesen. Einen Grund für die Ablehnung der Asylgesuche sah das Gericht in der grundsätzlichen Entspannung der politischen Lage in Äthiopien, das am 9. Juli 2018 mit Eritrea ein Friedensabkommen unterzeichnet hatte.¹

Die Aufnahme asylsuchender Personen ist in der Schweiz im Asylgesetz (AsylG) geregelt.² Der Bund ist für die Ausgestaltung des Asylwesens zuständig. Er ist verantwortlich für den Empfang Asylsuchender und das Verfahren. Auch den Kantonen und Gemeinden kommen subsidiär Aufgaben zu.

Am 1. März 2019 ist eine Revision des Asylgesetzes in Kraft getreten, deren wesentliches Ziel darin besteht, die Verfahren zu beschleunigen. Als Folge der Revision werden die Kantone und die Gemeinden weniger Asylsuchende zugewiesen erhalten. Nach dem neuen Asylrecht werden grundsätzlich nur noch Personen, die ein Bleiberecht haben, den Gemeinden zugewiesen: entweder mit gutgeheissem Asylgesuch oder nach einer vorläufigen Aufnahme.

Die genannte Familie stellte ihr Asylgesuch Ende August 2015, weshalb dieses noch nach dem alten Asylrecht behandelt wurde. Der wichtigste Unterschied zum neuen Recht ist, dass Asylsuchende nach

¹ Der Artikel ist hier einsehbar: <https://www.saiten.ch/binyam-darf-nicht-hoeren-lernen/>.

² SR 142.31.

der bis Ende Februar 2019 geltenden Asylordnung auch ohne Bleiberecht den Gemeinden zugewiesen wurden und dort Monate oder sogar Jahre auf den Asylentscheid warten mussten.

Die migrationsrechtliche Zuständigkeit der Städte und Gemeinden umfasst die Begleitung der geflüchteten Menschen und deren Integration im Alltag und später die wirtschaftliche Integration. Anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Asylsuchende können ihren Wohnort selbst bestimmen. Sie lassen sich bevorzugt in städtischem Gebiet nieder. Die Städte leisten als Ankunftsorte für die Migrantinnen und Migranten eine bedeutende Rolle. Sie übernehmen einen wesentlichen Teil der Integrationsarbeit. Der Entscheid über die rechtliche Aufnahme der Asylsuchenden wird indessen stets durch den Bund getroffen. Der Bund, d.h. das Staatssekretariat für Migration (SEM), entscheidet unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände über Gewährung oder Verweigerung des Asyls.³

2 Beantwortung der Fragen

1. Hat der Stadtrat Kenntnis von diesem Fall?

Aufgrund des vorliegenden Vorstosses hat sich der Stadtrat über die Umstände dieses Falles für die Zeit, in der die Stadt für die Familie zuständig war, informieren lassen. Die betreffende Familie wurde vom März 2016 (Übertritt vom Zentrum in Vilters in die Stadt St.Gallen) bis zu den letztinstanzlichen Entscheiden des Bundesverwaltungsgerichts gegenüber dem Vater einerseits und der Mutter sowie den beiden Kindern andererseits durch die Sozialen Dienste unterstützt. Mit den genannten Entscheiden vom 27. August 2019 hat das Bundesverwaltungsgericht das Asylgesuch von Vater, Mutter und beiden Kindern rechtskräftig abgewiesen, die Zuständigkeit für die Familie fiel mit der Rechtskraft von der Stadt St.Gallen zurück an den Kanton.

Die Stadt hat, solange sie für die Familie zuständig war, diese soweit möglich und sinnvoll über die Sozialen Dienste unterstützt, auch betreffend die gesundheitlichen Probleme des einen Kindes.

2. Wie viele Kinder in ähnlichen Situationen gibt es in der Stadt?

Den Sozialen Diensten ist aktuell kein vergleichbarer Fall bekannt.

3. Wie kann der Stadtrat dahingehend wirken, damit das Kind die nötigen Behandlungen bekommt, die ihm gemäss der Kinderrechtskonvention zustehen?

Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Kinderrechtskonvention; KRK⁴) wurde von der UN-Generalversammlung am 20. November 1989 verabschiedet und von der Schweiz Anfang 1997 ratifiziert. Die KRK verlangt vom Bundesrat alle fünf Jahre einen Bericht über deren landesweite Umsetzung (Art. 44 KRK). Auch NGOs können einen Bericht zur Situation der Kinderrechte in der Schweiz

³ Vgl. dazu auch die Antwort auf die Interpellation «Solidarität mit den Bootsflüchtlingen», Vorlage Nr. 2365 vom 4. Dezember 2018.

⁴ SR 0.107.

einreichen (Art. 45 KRK). Der UNO-Kinderrechtsausschuss (KRA) lädt anschliessend eine Staatsdelegation und die NGOs zum Dialog ein. Darauf basierend unterbreitet der Ausschuss der Schweiz Empfehlungen für Verbesserungen in der Umsetzung der KRK.

Hier ist noch einmal darauf hinzuweisen, dass mit dem letztinstanzlichen Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts die Zuständigkeit für die Betreuung der Familie an den Kanton St.Gallen zurückgegangen ist.

Konkrete Einflussmöglichkeiten des Stadtrates sind generell äusserst beschränkt. Zu beachten ist, dass allfällige Massnahmen der Stadt gegen die übergeordnet (Bund, Kanton) festgelegte Kompetenzordnung oder auch gegen die Gewaltentrennung, insbesondere im Zusammenhang mit Gerichtsurteilen, verstossen könnten.

Betreffend die «Umsetzung der Kinderrechtskonvention in der Stadt St.Gallen» ist ein Postulat hängig. Für die Beantwortung des Postulats wird eine Auslegeordnung angestrebt – unter Berücksichtigung der bisherigen Bemühungen sowie der verschiedenen Zuständigkeiten auf Stufe Bund und Kanton. Eruiert werden soll, inwiefern sich die erwähnten Empfehlungen überhaupt an Gemeinden bzw. an die Stadt richten. Es wird sich zeigen, ob allenfalls Massnahmen oder Anpassungen an kommunalen Rechtsgrundlagen angezeigt sind.⁵

4. Welche Massnahmen kann der Stadtrat treffen, damit solche Situationen in unserer Stadt nicht mehr vorkommen?

Mit dem neuen Asylverfahren werden den Gemeinden grundsätzlich ausschliesslich noch Personen zugewiesen, die ein mindestens vorläufiges Bleiberecht haben. Die Stadt nimmt gegenüber diesen Personen ihre Verantwortung im Rahmen ihrer Zuständigkeit wahr, wie sie es schon unter dem alten Asylverfahren gegenüber jenen Asylsuchenden getan hat, die ihr zugewiesen worden sind.

Der Stadtpräsident:
Thomas Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilage:

- Einfache Anfrage vom 25. Februar 2020

⁵ Vgl. dazu die Vorlage zur Erheblicherklärung des Postulats «Umsetzung der Kinderrechtskonvention», Vorlage Nr. 3278 vom 20. August 2019, an der Sitzung des Stadtparlaments vom 24. September 2019 unverändert beschlossen.